Verbandsgemeinderat der Verbandsgemeinde Elbe-Heide

Mitteilungsvorlage	Vorlagen-Nr: Status: AZ: Datum:	MV-VG/0499/2019 öffentlich 06.03.2019
<u>Betreff:</u> Information zur Umlageerhebung der Verbandsbeiträge der Unterhaltungsverbände		
Federführendes Amt: Einreicher:	Kämmerei Frau Sonntag	
Beratungsfolge	18.03.2019 Verbandsgemeinderat der Verbandsgemeinde Elbe-Heide	

Mitteilungsinhalt:

Der Verbandsgemeinderat nimmt die Ausführungen zur Festlegung des Verbandsgemeinderates vom 17.12.2018 im Hinblick auf die Möglichkeit zur Vermeidung von Verlusten bei der Erstellung von Bescheiden mit geringer Beitragshöhe.

Begründung:

Aufgrund des § 56 des Wassergesetzes des Landes Sachsen-Anhalt, in seiner derzeit gültigen Fassung, kann die Verbandsgemeinde die bei der Umlegung der Verbandsbeiträge entstehenden Verwaltungskosten auf die Beitragsschuldner umlegen. Die Kalkulation der Verwaltungskostensätze wurde auf Grundlage eines Gutachtens der Kommunalen Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement (KGST) erarbeitet. Hierin sind die Kosten eines Arbeitsplatzes ausgewiesen. Die setzen sich aus Personalkosten, Sachkosten (Raumkosten, Büroausstattung, Geschäftskosten), Verwaltungsgemeinkosten (Kosten u.a. für Service und Steuerungsdienste) zusammen.

Die Berechnung der Verwaltungskostenanteile für jeden Umlagepflichtigen erfolgt durch die Verbandsgemeinde nach der Grundstücksfläche. Die Verwaltungskosten dienen zur Abdeckung der bei der Bescheiderstellung anfallenden Aufwendungen.

Unabhängig von der Höhe des endgültigen Umlagebescheides ist es erforderlich grundstücksrelevante Daten zu erfassen und entsprechend einzupflegen. Bei der Berechnung des umlagefähigen Verwaltungsaufwandes werden somit alle Bescheide erfasst und die bei der Bescheiderstellung entstehenden Kosten entsprechend refinanziert. Dabei ist es irrelevant, in welchem Verhältnis der auf den Einzelbescheid bezogene Aufwand zu den errechneten Erträgen steht. Ein nachträgliches Herausfiltern von Kleinstbeträgen zwischen beispielsweise 1 Euro und 4 Euro ruft einen zusätzlichen Aufwand hervor, welcher nicht Bestandteil der vorgenommenen Kalkulation für die Verwaltungskosten ist. In diesem Fall wäre es erforderlich, den Aufwand für das manuelle Sortieren von Bescheiden mit Kleinstbeträgen zu erfassen und die Verwaltungskosten entsprechend höher zu kalkulieren. Diese wiederum würde zu einer zusätzlichen Belastung der Umlagepflichtigen führen.

Eine mögliche Kalkulation und Umlegung der Verwaltungskosten auf der Grundlage der Anzahl der Gesamtbescheide würde bedeuten, dass pro Bescheid ca. 8,00 €

Verwaltungskosten zu erheben wären. Dies hätte zur Folge, dass bei einer Vielzahl der Umlagebescheide der tatsächliche Flächen- bzw. Erschwernisbeitrag weit unter den anzusetzenden Verwaltungskosten liegen würde.

Die derzeit angewandte Methode der vollumfänglichen Refinanzierung des Verwaltungsaufwandes zur Bescheiderstellung wurde sowohl von Seiten des Ministeriums für Landwirtschaft und Umwelt des Landes Sachsen-Anhalt, als auch im Rahmen eines jüngst geführten Gerichtsverfahrens vom Verwaltungsgericht als korrekt eingeschätzt.

Anlagen:

Verbandsgemeinde-
bürgermeister

Kämmerei

Amtsleiter

Sachbearbeiter

Gremium		TOP		☐ Abstimmung laut Beschlussvorschlag mit Enthaltungen	Die Vorlage wurde zum Beschluss erhoben. Datum: _____ - Siegel- Bürgermeister / Vorsitzender Verbandsgemeinderat
☐ Ein- stimmig	☐ Mehr- heitlich	Ja	Nein		